

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Corona fordert uns alle – besonders die Angestellten im Service public, die trotz Ausnahmezustand alle systemrelevanten Leistungen weiterhin erbringen müssen! Danke euch allen dafür, ob im Gesundheitswesen oder in der Grundversorgung, ob im Abfallwesen oder im öffentlichen Verkehr, ob bei der Polizei oder der Feuerwehr...

Der Bundesrat hat beschlossen, per Notrecht den Gesundheitsschutz von Pflegefachkräften auszuhebeln. Wegen der Krise sollen sie noch länger arbeiten und noch weniger Pausen machen. Der Regierungsrat des Kantons Zürich hat zudem beschlossen, dass Pflegefachleute zwangsrekrutiert werden können.

Die Krise macht aussergewöhnliche Massnahmen nötig. Dazu stehen auch wir. Aber diese Massnahmen dürfen nicht auf Kosten des Personals gehen, das unsere kostbarste Ressource ist im Kampf gegen das Virus. Wir wehren uns deshalb aktiv gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und stärken unseren Kolleg*innen im Gesundheitswesen den Rücken. Das tun wir nicht nur kollektiv als Verband, sondern auch individuell als solidarische VPOD-Mitglieder: Wir bleiben zuhause, sagen unsere Versammlungen ab und schützen damit uns und andere.

Der VPOD denkt auch schon an die Zeit nach Corona, und für uns ist klar: Wenn etwas Gutes aus dieser Krise entstehen kann, dann wenn endlich allen klar wird, wie wichtig die Dienstleistungen des Service public sind. Das muss

sich positiv auf die Arbeitsbedingungen auswirken. Dafür werden wir weiter kämpfen! Auf bald wieder bessere, leichtere und gesündere Zeiten. Bleibt gesund!

Herzliche Grüsse,
Michèle Dünki-Bättig,
Präsidentin der VPOD Sektion Zürich Kanton



Kundgebungen abgesagt

Unter den aktuellen Umständen lassen sich keine Kundgebungen planen. Deshalb müssen die schweizweit über 50 geplanten Demonstrationen und Versammlungen zum 1. Mai 2020 abgesagt werden. Dieser historisch einmalige Schritt

ist schmerzhaft, aber angesichts der aktuellen Pandemie unausweichlich.

Aktuell liegt der Fokus aller darauf, ihre und die Gesundheit anderer zu schützen. Dazu kommt für die Gewerkschaften der vordringliche Kampf für die Garantie von Jobs und Löhnen in der Corona-Krise. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass einmal mehr die prekär und befristet Beschäftigten und allgemein die eher schlechter Bezahlten unmittelbar unter dieser Krise leiden werden. Viele dieser Berufe und Tätigkeiten erweisen sich jetzt aber als systemrelevant – systemrelevanter als CEOs von Grosskonzernen mit ihren Top-Salären.

Trotz Absage der Kundgebungen und Grossveranstaltungen will die Gewerkschaftsbewegung den Tag der Arbeit würdig feiern. In den kommenden Wochen werden alternative Durchführungsideen geprüft, um den 1. Mai als Kampftag der ArbeiterInnen für die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen entsprechend begehen zu können.

Ein lokales 1.-Mai-Komitee schreibt: «Der 1. Mai mit seiner mehr als hundertjährigen Geschichte wird mit Sicherheit auch eine einjährige Pause überstehen.» Dem ist nichts hinzuzufügen.



Der VPOD fordert vom Bundesrat:

Schutz im Kampf an der Corona-Front

Mit enormem Engagement und mit riesiger Aufopferungsbereitschaft leistet das Gesundheitspersonal in der jetzigen Krise seinen Dienst. Aber zu welchem Preis?

Von «Krieg gegen den Virus» ist in den Medien die Rede. Und die Lage ist wirklich dramatisch. Umso bewundernswerter ist die Solidarität und das Engagement der Angestellten im Gesundheitswesen – Ärzt*innen, Pflege, Reinigung... Bis zur Selbstaufopferung sind sie bereit, diesem Virus die Stirn zu bieten und für die Infizierten, die hospitalisiert werden müssen, die bestmögliche Versorgung sicherzustellen. Auch die Solidarität der Bevölkerung und von Freiwilligen ist bewundernswert und verdient unser aller Dank.

Trotz all dieses Engagements und all dieser Solidarität beschliesst der Bundesrat, den Gesundheitsschutz des Personals empfindlich zu schwächen: Festgelegte Ruhezeiten und Höchstarbeitszeiten werden ausgesetzt. Die Verunsicherung beim Gesundheitspersonal steigt. Wie sollen sie die Versorgung der Bevölkerung sicherstellen, wenn sie selber krank werden – sei es am Virus oder einfach aus Erschöpfung? Wer schützt sie, wenn sie andere schützen wollen? Die Infektionsraten von Gesundheitspersonal in Italien und Spanien sind alarmierend und alle wissen, dass es nicht die Anzahl Betten oder Beatmungsgeräte sein wird,

die über den Ausgang dieser Schlacht entscheidet, sondern die Frage, ob wir genügend qualifiziertes Personal haben, um die Versorgung sicherzustellen.

Auch die in Ausbildung stehenden Fachkräfte im Gesundheitswesen sind verunsichert. Was bedeutet es, wenn ihr Unterricht eingeschränkt wird, sie dafür mehr im Spital eingesetzt werden? Der Verband Zürcher Krankenhäuser vzk hat mit einer Medienmitteilung die Auszubildenden aufgeschreckt. Sie haben sich an den VPOD gewandt und wir haben die Fragen und Bedenken der Auszubildenden mit einem Brief an das Amt für Berufsbildung weitergeleitet.

Stand by your nurse!

Jetzt unterschreiben

Um auf die Notstandsbeschlüsse des Bundesrates zu reagieren, hat der VPOD eine Petition für das Spitalpersonal lanciert: Stand by your nurse! Klatschen ist gut, aber das Spitalpersonal braucht mehr, um seine Arbeit machen zu können. Das Spitalpersonal braucht selber Schutz und unsere Solidarität. Also unter <https://vpod.ch/standbyournurse> unterschreiben und weiterverteilen! Danke.

Erreichbarkeit des VPOD-Sekretariats während der Pandemie

Aktuelle Informationen zur Corona-Krise

Die Corona-Krise trifft unsere Gesellschaft mit voller Wucht. Sie zeigt auch, wie wichtig der öffentliche Dienst ist, um unser tägliches Leben am Laufen zu halten. Gesundheit, Betreuung, Bildung, öffentlicher Verkehr und Infrastruktur – alle Branchen, die beim VPOD organisiert sind, braucht es jetzt umso mehr, damit die Grundversorgung im Land sichergestellt ist.

Gleichzeitig sind unsere KollegInnen in den Spitälern, Betrieben, Schulen und Institutionen besonders gefordert. Die Situation kann sich täglich ändern und die Arbeit mit den PatientInnen, KlientInnen, Kindern oder Fahrgästen verlangt uns alles ab. Doch wir stehen solidarisch zusammen. Als Gewerkschaft im Service public wollen wir Teil der Lösung sein.

Erreichbarkeit des VPOD-Sekretariats

Bis auf Weiteres findet ihr die aktuelle Erreichbarkeit des Sekretariats und die wichtigsten Infos des VPOD auf unserer Webseite:

www.vpod-zh.ch

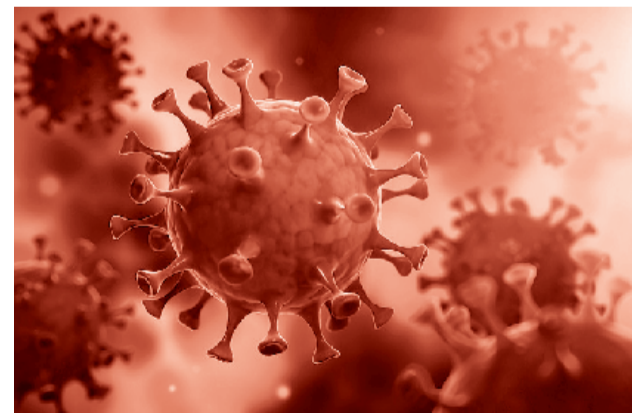
Grundsätzlich ist das Sekretariat bis auf weiteres per Mail oder Telefon erreichbar. Der Schalter ist jedoch geschlossen. Der Eintritt ist nur mit Voranmeldung gestattet. Beratungen für Mitglieder finden wenn möglich per Mail oder Telefon statt. Anfragen bitte direkt per Mail an die zuständige SekretärIn oder an info@vpod-zh.ch. Wir nehmen dann so schnell wie möglich Kontakt mit dir auf.

Corona-Virus – deine Rechte

Die Corona-Pandemie führt zu erheblichen Einschränkungen im Alltag und bei der Arbeit. Und natürlich tauchen dabei viele Fragen auf: Darf ich zuhause bleiben und mein Kind versorgen, wenn die Schule geschlossen wird? Und darf der Arbeitgeber verlangen, dass ich jetzt Ferien nehme?

Der VPOD hat Infoblätter zusammengestellt. Sie werden laufend aktualisiert und den Verordnungen des Bundes angepasst. Du findest diese Infoblätter unter <https://vpod.ch/brennpunkte/coronavirus/>

Bei konkreten rechtlichen Fragen steht dir als VPOD-Mitglied das Regionalsekretariat zur Verfügung.



Agenda

Die geplanten Veranstaltungen und Treffen des VPOD sind aufgrund der Corona-Situation abgesagt worden. Dies betrifft auch die General- bzw. Delegiertenversammlungen. Sobald es die Situation zulässt, werden wir neu planen. Aktuelle Informationen über die Durchführung findest du in unserem Kalender unter <https://zuerich.vpod.ch>

Abstimmungen abgesagt

Der Bund hat auch die für den 17. Juni festgesetzten Abstimmungen abgesagt. Der Parolenspiegel des VPOD folgt, wenn die Abstimmungen neu festgesetzt wurden.

Und wieder grüsst das Murmeltier...

Der Kanton schwimmt im Geld

Es ist wie jedes Jahr: Nachdem die bürgerliche Mehrheit den Finanzteufel an die Wand gemalt und Sparmassnahmen beschlossen hat, resultiert wieder ein Riesenüberschuss.

566 Millionen Franken Ertragsüberschuss sind es alleine für das letzte Jahr – 419 Millionen mehr als budgetiert. Und wie immer war das unerwartet, unvorhersehbar, aber erfreulich.

Schluss damit. Der VPOD fordert, dass die Sparpolitik endlich aufhört und der Vernunft Platz macht. Vor allem das Personal, das seit Jahren keine Lohnentwicklung mehr kennt, muss endlich wieder erhalten, was ihm zusteht: faire Löhne, die sich in der Entwicklung nach der UBS-Lohnstudie und den Vergleichszahlen der Privatwirtschaft richten. Der Kanton könnte damit auch die Rentenverluste kompensieren, die das bei der BVK versicherte Personal hinnehmen muss.

Michèle Dünki-Bättig, Präsidentin der VPOD Sektion Zürich Kanton, hält fest: «Es muss endlich Schluss sein mit Sparmassnahmen beim Personal und Steuergeschenken für die Reichen. Dem Kanton geht es gut, also soll es auch dem Personal gut gehen, das die Arbeit macht!»



Kitas im Fokus

Plötzlich systemrelevant

Und plötzlich sind sich alle darin einig: Kitas sind systemrelevant. Der Bund verpflichtet sie, den Betrieb aufrechtzuerhalten. Eltern sind verunsichert und schwanken zwischen Solidarität und Verzweiflung. Und die Kitas und mit ihnen das Betreuungspersonal fallen zwischen Stuhl und Bank.

Kitas sind systemrelevant. Zu dieser Erkenntnis kommen einige erst jetzt – für den VPOD war schon immer klar: Kitas gehören zum Service public. Das Betreuungspersonal leistet einen unverzichtbaren Beitrag für das Funktionieren unserer Gesellschaft, für unser Gemeinwohl. In der aktuellen Situation sollen sie in der Notfallbetreuung dafür sorgen, dass das Personal der Grundversorgung weiterhin arbeiten kann. Das Betreuungspersonal ist solidarisch mit all jenen, die in der Grundversorgung arbeiten, fordert aber gleichzeitig Solidarität und Sicherheit für sich und die Branche ein. Diese Forderungen sind absolut berechtigt, arbeiten sie doch in einem Umfeld, in welchem die vom BAG angeordneten Schutzbestimmungen zum Distanzhalten nicht umsetzbar sind und noch immer unklar ist, wie die finanzielle Absicherung der Trägerschaften gewährleistet wird.

Hier kommt der Kanton ins Spiel. Anfangs schob er die Verantwortung vor allem an die Gemeinden ab. Inzwischen, Stand 25. März 2020, stellt die Bildungsdirektion fest: «Damit sind die Krippen zu einem systemrelevanten Angebot geworden. Somit ist es folgerichtig, dass die öffentliche Hand dafür sorgen muss, die Betriebe schadlos zu halten. Wie diese finanzielle Abgeltung der Trägerschaften genau aussehen soll, wird zurzeit auf verschiedenen Ebenen (Bund, Kanton, Gemeinden) abgeklärt.» Die Unsicherheit bleibt also vorerst bestehen und der Kanton drückt sich davor, Verantwortung für das Betreuungspersonal zu übernehmen. Wenn das Kindeswohl und der Schutz der Mitarbeitenden über allem stehen, wie es von allen Seiten betont wird, dann braucht es klare Vorgaben. Der VPOD fordert unter anderem kleinere Kindergruppen und eine Anpassung derselben an die jeweiligen Platzverhältnisse sowie Mittel, um den maximal möglichen Gesundheitsschutz zu gewährleisten. Und es braucht rasche Entscheide bezüglich der finanziellen Abgeltung, um die Kitas und mit ihnen das Personal zu entlasten.

Martina Flühmann

Stimmen zur Kita-Notlage aus Arbeitnehmer*innen-Sicht auch auf: www.trotzphase.ch

Arbeitsrechtliches in Zeiten des Stillstands

Fragen über Fragen

Viele städtische Betriebe haben von einem Tag auf den anderen teilweise geschlossen. Städtische Mitarbeitende arbeiten im Homeoffice, wo dies nicht ermöglicht wird, müssen die Mitarbeitenden am Arbeitsplatz erscheinen. Die Anstellungsinstanz ist für den Vollzug der Schutzmassnahmen verantwortlich. Eine Flut von Fragen sind zu klären.

Woher bekommen im Stundenlohn beschäftigte Chauffeure in den nächsten Wochen ihren Lohn, wenn zwei Drittel der Dienste wegbrechen? Oder ist es legitim, dass ich mit meinen Kindern am Arbeitsplatz erscheinen muss? Muss der Chef die Verschiebung meiner Ferien schlucken? Oder muss ich Überzeit und Ferien hergeben, damit ich zu Hause bleiben kann? Derzeit stellen sich viele Fragen, deren Antworten offen sind. Denn es ist eine ausserordentliche Situation.



Bild: VPOD Zürich

«Zu viele Mitarbeitende, die nicht im Homeoffice arbeiten können, müssen noch am Arbeitsplatz erscheinen.»

Zürcher Stadtrat, GBKZ und Personalverbände

Auf Tuchfühlung

Kürzlich hat der Zürcher Stadtrat 20 Vertreterinnen und Vertreter der Personalverbände zum jährlichen Gedankenaustausch empfangen. Vier der fünf Vertreter des VPOD haben den Sektionsvorstand vertreten, der Fragen zu den Stadtspitälern, zur städtischen Personalpolitik und zum Beschaffungswesen eingereicht hatte.

Rund die Hälfte der 14 Fragen der teilnehmenden sechs Verbände hatten die Mitglieder des Sektionsvorstandes des VPOD Zürich Stadt und Institutionen eingebracht – zur Personalpolitik, den Stadtspitälern und weiteren Themen. Das Personalrecht der Stadt Zürich lege stadtweit einheitliche Regelungen fest, deren Vollzug in den Händen der Departemente und Dienstabteilungen lägen, führte der Vorsteher des Finanzdepartements, Daniel Leupi, aus. HRZ habe zu koordinieren. Auch im Beschaffungswesen sind die Departemente und Dienstabteilungen weitgehend autonom in der Organisation und Durchführung der Prozesse. Insbesondere städtische Unternehmen, die im Wettbewerb stünden, hätten in der Vergangenheit Imagekampagnen durchgeführt – beispielsweise die Stadtspitäler. Anstatt über die finanzielle Lage soll über die Qualität der Gesundheitsversorgung und die PatientInnen-Zufriedenheit gesprochen werden, legte Stadtrat Hauri dar. Der Stellenabbau im Waidspital sei eine notwendige Zäsur gewesen – Härtefallsituationen seien aber keine entstanden. Jetzt stehe die Wertberichtigung der Zahlen in der Buchhaltung bevor.

Wenig überraschend hat sich der Stadtrat zur Fra-

ge des Verbands Zürcher Spezialärztinnen und Spitalärzte (VSAO) nach 5 Wochen Ferien für alle städtischen Mitarbeitenden geäußert. Die städtischen Mitarbeitenden hätten bereits heute zusätzlich zu den ordentlichen Ferien noch 6 weitere sogenannte «Betriebsferientage» zur Verfügung. Somit sei die städtische Regelung vergleichbar mit anderen öffentlich-rechtlichen Organen. Dass diese 6 Betriebsferientage mit der 42-ten Wochenarbeitsstunde erarbeitet und in der Regel, anders als Ferientage, nicht vereinbart, sondern einseitig festgelegt werden, ist dabei nicht zur Sprache gekommen. Der nächste Schritt für den Erhalt und Ausbau attraktiver Anstellungsbedingungen sei der Ausbau des Vaterschaftsurlaubs und die Unterstützung zur Benutzung des öffentlichen Verkehrs. Die Diskussion über die Bilanz und die Erkenntnisse aus dem Treffen konnte der Sektionsvorstand aufgrund der aktuellen Lage noch nicht führen und musste verschoben werden.

Duri Beer, Regionalsekretär VPOD



Bild: VPOD Zürich

Dezentrale Verwaltungsführung und einheitliche Personalpolitik. Im Vollzug mangelt's mancherorts.

Massnahmenpaket des Kantons

Ein halbvolltes Glas

Der Regierungsrat hat ein dringliches Massnahmenpaket gegen die mit der Corona-Krise verbundenen wirtschaftlichen Folgen beschlossen. Das Glas bleibt aber halbvoll.

Carmen Walker-Späh (Volkswirtschaftsdirektorin) und Ernst Stocker (Finanzdirektor) informierten am 19. März über ein Massnahmenpaket, das der Regierungsrat als dringliche Massnahme gegen die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise beschlossen hat. Mit insgesamt 440 Millionen Franken aus verschiedenen Kassen und Kässeli soll Hilfe geleistet werden: Unternehmen, die in Liquiditätsgespässen kommen bei den Lohn- und anderen Zahlungen, Selbständigerwerbende, gemeinnützige Organisationen, Stundungen von Steuerforderungen... Die Palette der Massnahmen ist umfangreich. Und nichts von dem Beschlungen ist falsch! Aber die Massnahmen gehen zu wenig weit:

Die jetzt eingestellten 440 Millionen werden kaum reichen. Für die ausserordentliche Unterstützung von Selbständigerwerbenden beispielsweise sind subsidiär zu den Bundesmassnahmen 15 Millionen Franken vorgesehen. Es ist klar, dass die Einbussen hier viel grösser sein werden.

Für Betriebe statt für Menschen

Das ganze Massnahmenpaket ist zudem äusserst wirtschaftslastig und zielt praktisch ausschliesslich auf die Betriebe, während die Angestellten, ihre Ängste und Nöte, ihre Probleme und Bedürfnisse überhaupt nicht vorkommen. Man scheint die Betriebe retten zu wollen und vergisst, dass es vor allem um die Menschen und ihre Existenz geht. Und auch seiner Verantwortung in der Bekämpfung der Corona-Pandemie wird die Regierung damit nicht gerecht. Eine flächendeckende Umsetzung der Verordnung des Bundesrats und der Empfehlungen des BAG ist aus epidemiologischer Sicht entscheidend für den weiteren Verlauf der Pandemie. Doch an zahlreichen Arbeitsplätzen wird das nicht umgesetzt. Der Aufruf des Bundesra-

tes war klar: Abstand halten, Hände waschen und Ansammlungen vermeiden. Die Realität am Arbeitsplatz ist für viele eine ganz andere: Anreise zum Arbeitsplatz in engen Fahrzeugen, arbeiten auf engstem Raum, überfüllte Pausenräume und Verkaufsflächen, fehlende Distanz beim Kundenkontakt.

Es braucht deshalb dringend klare Signale und Vollzugsinstrumente der Behörden, damit der Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz ernst genommen und die Empfehlungen des BAG umgesetzt werden. Wo die Verordnung des Bundesrats und die Empfehlungen des BAG nicht eingehalten werden, müssen die Unternehmen die Arbeit bei voller Lohnfortzahlung einstellen. Es braucht eine klare Stellungnahme der Behörden, dass alle Betriebe, welche die Vorgaben nicht umsetzen können, Kurzarbeit bezahlt bekommen – und dass nicht mit Geldern aus dem Massnahmenpaket rechnen kann, wer sie nicht einhält. Dafür ist der Kanton mit dem Amt für Wirtschaft und Arbeit AWA und den Arbeitsinspektoren zuständig. Die Durchsetzung dieser Schutzmassnahmen kostet ebenso wie deren Einhaltung. Hierzu ist nichts zu lesen im Massnahmenpaket.

Ein zweiter Schritt muss folgen

Der VPOD begrüsst die beschlossenen Massnahmen des Regierungsrates – versteht sie aber als einen ersten Schritt und fordert dringend ein zweites Massnahmenpaket, in welchem oben genannte Aspekte berücksichtigt sind. Und vor allem muss die Regierung selber dafür besorgt sein, den Gesundheitsschutz und die Arbeitszeiten seiner Angestellten einzuhalten. Immer noch gibt es Direktionen und Abteilungen, wo die Vorgesetzten weiterarbeiten, als ob es keine Corona-Krise gäbe. Der VPOD wird mit entsprechenden Anfragen von Mitgliedern überschwemmt und hat deshalb ein Schreiben an Finanzdirektor Stocker und das Personalamt gerichtet, um den Schutz der kantonalen Angestellten einzufordern.

Roland Brunner